

MAX WESIACK

Europäisches
Internationales
Vereinsrecht

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht
270*

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

270

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann



Max Wesiack

Europäisches Internationales Vereinsrecht

Grenzüberschreitende Sitzverlegung und Umwandlung
im Lichte der Niederlassungsfreiheit und
des allgemeinen Freizügigkeitsrechts

Mohr Siebeck

Max Wesiack, geboren 1978; Studium der Rechtswissenschaft in Hamburg; Master of International Business and Law in Sydney und Shanghai; 2008–2009 Rechtsanwalt in Hamburg; 2011 Promotion; derzeit Justitiar in einem Notariat in Hamburg.

e-ISBN PDF 978-3-16-151858-4

ISBN 978-3-16-151785-3

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2011 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädle in Nehren gebunden.

Meinen Eltern

Vorwort

Diese Arbeit wurde im Oktober 2011 von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg als Dissertation angenommen. Sie befindet sich auf dem Stand von Ende Mai 2011. Rechtsprechung konnte vereinzelt auch danach noch berücksichtigt werden.

Besonders bedanken möchte ich mich zunächst bei meinem überaus geschätzten Doktorvater, Herrn *Prof. Dr. Jürgen Basedow*, der mich schon zu Studienzeiten für das Internationale Privatrecht begeistert hat. Er hat mir nicht nur ein außerordentlich spannendes Thema vorgeschlagen, sondern meine Arbeit auch mit großer Weitsicht betreut und mir die Möglichkeit gegeben, die Arbeit ganz überwiegend am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht zu schreiben. Schließlich hat er das Erstgutachten in nur wenigen Wochen erstellt, wofür ich ihm ausgesprochen dankbar bin. Herrn *Prof. Dr. Peter Mankowski* danke ich für die ebenfalls sehr rasche Erstellung des Zweitgutachtens und der Johanna und Fritz Buch Gedächtnis-Stiftung für die Gewährung eines Druckkostenzuschusses.

Von ganzem Herzen möchte ich mich zudem bei den Menschen bedanken, die mich über die Jahre fachlich und persönlich unterstützt haben. So gebührt mein Dank dem leider schon verstorbenen Herrn *Prof. Dr. Jan Kropholler*, der mich während meiner Zeit als studentische Hilfskraft am Max-Planck-Institut fachlich stets bestärkt und zu einer Dissertation ermuntert hat. Bedanken möchte ich mich überdies bei den zahlreichen Mitarbeitern des Max-Planck-Instituts, die mich nach meiner Rückkehr dorthin so freundschaftlich aufgenommen haben. Dies gilt insbesondere für *Dr. Anatol Dutta*, *Matteo Fornasier*, *Dr. Christian Heinze*, *Julian Sanner* sowie ganz besonders für *Dr. Johannes Weber*, der nicht nur jederzeit diskussionsbereit war, sondern die Arbeit auch innerhalb kürzester Zeit Korrektur gelesen hat. Frau Rechtsanwältin *Dr. Andrea Tiedemann* danke ich für ihren Sinn für Sprache und den Notaren des Notariats am Alstertor für die flexible Gestaltung meiner Arbeitszeit.

Der größte Dank gilt jedoch meiner Familie. Gewidmet ist diese Arbeit meinen Eltern, *Dipl.-Psych. Janine Wesiack* und *Dr. Wolfgang Wesiack*. Sie haben mich Zeit meines Lebens in jeglicher Hinsicht liebevoll gefördert und unterstützt. Meiner geliebten Frau *Marlen Wesiack* danke ich für ihre Liebe und ihre tatkräftige Unterstützung, gerade auch nach der Geburt unseres Sohnes *Carlo*. Danken möchte ich schließlich meinem Schwiegervater *Dipl.-Ing.*

Erwin Wendland, der die Arbeit vor der Drucklegung noch einmal mit großer Sorgfalt Korrektur gelesen hat.

Hamburg, im November 2011

Max Wesiack

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Einleitung	1
Kapitel 1: Grundlagen.....	7
§ 1 Rechtsvergleichender Überblick über das Vereinsrecht der EU-Mitgliedstaaten	7
§ 2 Grundlagen des Internationalen Vereinsrechts.....	38
Kapitel 2: Einfluss des europäischen Primärrechts	77
§ 3 Anwendbarkeit und Wirkungsweise der Niederlassungsfrei- heit	77
§ 4 Anwendbarkeit und Wirkungsweise des allgemeinen Freizü- gigkeitsrechts.....	107
Zwischenergebnis	121
Kapitel 3: Grenzüberschreitende Verwaltungssitzverlegung.....	123
Konzeption dieses Kapitels.....	123
§ 5 Europarechtliche Vorgaben.....	124
§ 6 Deutsches Recht	167
Kapitel 4: Grenzüberschreitende Umwandlung	197
Konzeption dieses Kapitels.....	197
§ 7 Europarechtliche Vorgaben.....	199
§ 8 Deutsches Recht	259
Zusammenfassung und Ergebnisse	279
Ausblick	281
Ausgewählte Rechtsvorschriften	283
Literaturverzeichnis	291

Verzeichnis ausländischer Rechtsquellen	321
Sachverzeichnis	327

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Einleitung	1
I. Bedürfnis für grenzüberschreitende Umstrukturierungen von Vereinen.....	2
II. Ziel und Konzeption dieser Arbeit	4
Kapitel 1: Grundlagen.....	7
§ 1 Rechtsvergleichender Überblick über das Vereinsrecht der EU-Mitgliedstaaten	7
I. Überblick über das Vereinsrecht der Mitgliedstaaten	7
1. Skizzierung der Rechtsform des Vereins	7
2. Rechtsquellen des Vereinsrechts.....	10
a) Geringe Regelungsdichte im Völker- und Europa- recht.....	10
b) Keine „staatenlosen“ Vereine.....	11
3. Gründung und Entstehung von Vereinen.....	12
a) Anforderungen an die Gründungsmitglieder.....	12
b) Erlangung der Rechtspersönlichkeit.....	13
c) Vereine ohne Rechtspersönlichkeit	13
4. Ausgestaltung von Gläubiger-, Minderheiten- und Arbeitnehmerschutz	15
a) Gläubigerschutz.....	15
b) Minderheitenschutz	16
c) Arbeitnehmerschutz.....	18
II. Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung von Verei- nen.....	19
1. Mitgliedstaaten mit umfassender Zulässigkeit einer wirtschaftlichen Betätigung	21
a) Umfassende Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung (Österreich, Niederlande, Portugal, Polen, Malta und Zypern).....	21
b) Mitgliedstaaten mit Einschränkungen für Profi- sportvereine (Frankreich, Spanien und Italien).....	23

c) Sonderfälle.....	24
aa) Differenzierung nach Vereinszweck (Schweden)	24
bb) Abgrenzungsschwierigkeiten zum wirtschaftlichen Verein (Dänemark)	24
2. Mitgliedstaaten mit eingeschränkter Zulässigkeit einer wirtschaftlichen Betätigung	25
a) Ausschließliche Beschränkung des Umfangs der wirtschaftlichen Betätigung (Ungarn, Griechenland, Lettland, Tschechien und Slowakei)	26
b) Erfordernis eines inneren Zusammenhangs	27
aa) Deutschland	27
bb) Rumänien, Belgien, Luxemburg, Estland und Litauen	30
cc) Zusätzliches Erfordernis einer Satzungsbestimmung (Bulgarien und Slowenien)	31
c) Sonderfall: Erweiterung durch Satzungsbestimmung (Finnland)	32
3. Mitgliedstaaten ohne Rechtsform des nichtwirtschaftlichen Vereins (Vereinigtes Königreich und Irland).....	32
a) Abgrenzung zur <i>company limited by guarantee</i>	33
b) Abgrenzung zur <i>charitable incorporated organisation</i> und zur <i>community interest company</i>	34
4. Zusammenfassung und Folgerungen	35
§ 2 Grundlagen des Internationalen Vereinsrechts.....	38
I. Kollisionsrechtliche Grundlagen	38
1. Rechtsquellen des Internationalen Vereinsrechts	38
a) Keine Regelung im Europarecht	39
b) Geringe Regelungsdichte im Völkerrecht	40
c) Maßgeblichkeit des nationalen Rechts	41
2. Anknüpfung	42
a) Gründungstheorie	43
aa) Unterschiedliche Anknüpfungspunkte der Gründungstheorie	43
bb) Weitestgehende Irrelevanz des Satzungssitzes	44
b) Sitztheorie.....	45
aa) Bedeutung des Gründungsrechts für die Anerkennung.....	46
bb) Kollisionsrechtliche Irrelevanz des Satzungssitzes	47
cc) Unterschiedliche Rechtsfolgen der Sitztheorie.....	48

c) Vor- und Nachteile der Sitz- und Gründungstheorie	49
3. Grundsatz der automatischen Anerkennung	50
4. Umfang des Vereinsstatuts.....	52
II. Derzeitiger Stand des deutschen Internationalen Vereinsrechts	56
1. Traditionelle Auffassung.....	56
a) Anwendung der Sitztheorie	56
b) Ausnahmen	58
aa) Rück- oder Weiterverweisung	58
bb) Widerlegbare Vermutung?.....	59
cc) Vereine ohne Verwaltungssitz?	60
dd) Interessenabwägung?	61
2. Übergang zur Gründungstheorie?	61
a) Meinungsstand im Schrifttum	61
b) Stand der Rechtsprechung	62
c) Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums	64
3. Zwischenergebnis.....	64
III. Grundlagen des Internationalen Umwandlungsrechts	64
1. Arten der grenzüberschreitenden Umwandlung	65
2. Kollisionsrechtliche Behandlung	67
a) Bedeutung des Kollisionsrechts bei der Umwandlung	67
b) Grenzüberschreitende Verschmelzung und Spaltung	69
aa) Geltung der Vereinigungstheorie.....	69
bb) Einzelheiten der Statutenabgrenzung.....	70
c) Grenzüberschreitender Formwechsel	73
IV. Zusammenfassung	75
Kapitel 2: Einfluss des europäischen Primärrechts	77
§ 3 Anwendbarkeit und Wirkungsweise der Niederlassungsfreiheit	77
I. Persönliche Anwendbarkeit auf Vereine	78
1. Vereine als „Gesellschaften“	78
2. Verfolgung eines „Erwerbszwecks“	79
a) Auslegung des Begriffs „Erwerbszweck“	79
aa) Gewinnerzielung.....	79
bb) Gewinnausschüttung.....	80
cc) Wirtschaftliche Tätigkeit (h.M.)	80
dd) Ausschluss gemeinnütziger Organisationen	81

ee) Stellungnahme	82
b) Konkretisierung des Begriffs „wirtschaftliche Tätigkeit“	85
aa) Entgeltliche Tätigkeit.....	85
bb) Art und Höhe des Entgelts	87
cc) Kein Ausreichen einer Ausrichtung auf wirtschaftliches Fortkommen.....	88
dd) Umfang der Tätigkeit.....	90
ee) Einbeziehung vereinsinterner Tätigkeiten?	91
3. Unionszugehörigkeit	93
a) Gründung nach dem Recht eines Mitgliedstaats	93
b) Räumliche Verbindung zur Union	95
4. Zwischenergebnis.....	96
II. Grundzüge des sachlichen Anwendungsbereichs	97
1. Erfordernis einer festen und dauerhaften Einrichtung	97
2. Nutzung für wirtschaftliche Tätigkeit im Aufnahmemitgliedstaat	98
III. Wirkungsweise der Niederlassungsfreiheit	100
1. Gewährleistungsinhalt.....	100
a) Diskriminierungsverbot.....	100
b) Beschränkungsverbot	100
2. Rechtfertigungsmöglichkeiten	102
a) Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit.....	102
b) Zwingende Gründe des Allgemeininteresses	103
c) Missbrauchseinwand	104
IV. Zusammenfassung	106
§ 4 Anwendbarkeit und Wirkungsweise des allgemeinen Freizügigkeitsrechts	107
I. Persönliche Anwendbarkeit auf Vereine	107
1. Meinungsstand zur Anwendbarkeit auf juristische Personen	107
a) Beschränkung auf natürliche Personen	107
b) Anwendung auf juristische Personen	108
c) Stellungnahme	109
2. Irrelevanz der Zielsetzung.....	112
3. Unionszugehörigkeit	112
II. Grundzüge des sachlichen Anwendungsbereichs	113

III. Wirkungsweise des allgemeinen Freizügigkeitsrechts	114
1. Gewährleistungsinhalt.....	114
a) Diskriminierungsverbot.....	114
b) Beschränkungsverbot	115
2. Schranken und Rechtfertigungsmöglichkeiten	118
a) Schranken	118
b) Rechtfertigung aus Gründen des Allgemeininter- esses.....	119
c) Missbrauchseinwand	120
IV. Zusammenfassung	120
Zwischenergebnis	121
Kapitel 3: Grenzüberschreitende Verwaltungssitzverlegung.....	123
Konzeption dieses Kapitels.....	123
§ 5 Europarechtliche Vorgaben.....	124
I. Verwaltungssitzverlegung ins Inland	125
1. Niederlassungsfreiheit.....	125
a) Anwendbarkeit der Niederlassungsfreiheit	125
aa) Nachträgliche Verwaltungssitzverlegung.....	125
bb) Anfängliche Verwaltungssitznahme	127
(1) Herrschende Meinung	127
(2) Mindermeinung	129
(3) Stellungnahme.....	129
b) Vorgaben der Niederlassungsfreiheit	132
aa) Zulassung der nachträglichen Verwaltungs- sitzverlegung.....	132
(1) Nichtanerkennung als Beschränkung.....	132
(2) Keine Rechtfertigung der Nichtanerken- nung.....	134
(a) Keine Rechtfertigung bei Gesell- schaften.....	134
(b) Keine besonderen Rechtfertigungs- gründe bei Vereinen	134
(aa) Keine Rechtfertigung wegen fehlender Publizität im Zuzugs- staat... ..	134
(bb) Keine Rechtfertigung wegen fehlender Publizität im Grün- dungsstaat.....	135

(cc) Keine Rechtfertigung wegen öffentlich-rechtlicher Vereinsaufsicht.....	136
(3) Zwischenergebnis.....	136
bb) Zulassung der anfänglichen Verwaltungssitznahme.....	137
(1) Bisher herrschende Meinung.....	137
(2) Literaturmeinung nach <i>Cadbury Schweppes</i> -Entscheidung	138
(3) Stellungnahme.....	139
cc) Weitere Vorgaben für das Recht des Zuzugsstaates.....	141
(1) Verbleibender Anwendungsbereich für das Recht des Zuzugsstaats	141
(a) Keine Durchsetzung der Grenzen der wirtschaftlichen Betätigung.....	142
(b) Zulässigkeit eines Registrierungs- erfordernisses.....	144
(2) Verpflichtung zur Anwendung der Gründungstheorie?	145
c) Ergebnis.....	146
2. Allgemeines Freizügigkeitsrecht.....	147
II. Verwaltungssitzverlegung ins EU-Ausland.....	148
1. Niederlassungsfreiheit.....	148
a) Kein Recht auf Verwaltungssitzverlegung aus Gründungsstaat.....	148
aa) Rechtsprechung des EuGH.....	148
bb) Kritik der überwiegenden Lehre	150
cc) Stellungnahme	152
b) Reichweite möglicher Wegzugsbeschränkungen.....	154
aa) Freie Verbotsmöglichkeit nur für Gründungs- staat	154
bb) Zulässigkeit kollisions- und sachrechtlicher Beschränkungen.....	154
cc) Niederlassungsfreiheit als Annex zur Freizü- gigkeit des Vorstands?	156
2. Keine Vorgaben im sonstigen Europa- und Völker- recht.....	157
a) Allgemeines Freizügigkeitsrecht.....	157
b) EMRK	158
c) Grundrechtscharta	160
d) GATS.....	160
e) Bilaterale Niederlassungs- und Handelsverträge	161

3. Zwischenergebnis.....	162
III. Auswirkungen von Wegzugsverboten auf die Zuzugs- freiheit.....	162
1. Keine Anerkennungspflicht bei einem Wegzugsver- bot.....	162
2. Feststellung von Wegzugsverboten	163
a) Beschränkungsmöglichkeiten von Gründungs- theorien.....	163
b) Wegzugsmöglichkeiten aus Sitztheorien.....	164
aa) Kollisionsrechtliche Wegzugsmöglichkeiten	164
bb) Sachrechtliche Wegzugsmöglichkeiten	164
IV. Zusammenfassung	166
§ 6 Deutsches Recht	167
I. Verwaltungssitzverlegung ins Inland	167
1. Zulassung der Verwaltungssitzverlegung ins Inland	168
a) Anwendung der Gründungstheorie	168
b) Übergang für das gesamte Statut.....	169
2. Verbleibender Anwendungsbereich des deutschen Sachrechts	170
a) Grundsätze der Anwendung deutschen Sachrechts.....	170
aa) Kollisionsrechtliche Ebene	171
bb) Sachrechtliche Ebene.....	171
b) Anwendbarkeit einzelner Sachnormen.....	171
aa) Keine Durchsetzung der Grenzen des Neben- tätigkeitsprivilegs.....	172
bb) Registrierungspflicht bei Betreiben eines Handelsgewerbes	172
3. Zusammenfassung.....	175
II. Verwaltungssitzverlegung ins EU-Ausland.....	175
1. Kollisionsrechtliche Zulässigkeit.....	176
a) Zulässigkeit der Sitzverlegung unter Geltung der Sitztheorie.....	176
aa) Zulässigkeit der Sitzverlegung in Gründungs- theorien.....	177
bb) Zulässigkeit der Sitzverlegung ins EU-Aus- land	178
b) Keine Einführung der Gründungstheorie durch MoMiG.....	178
aa) Meinungsstand für Gesellschaften.....	179
bb) Stellungnahme	181
c) Zwischenergebnis.....	182

2. Sachrechtliche Zulässigkeit.....	183
a) Bisher weitgehendes Wegzugsverbot.....	183
b) Gestattung des Wegzugs nach MoMiG.....	184
aa) Gestattung des Wegzugs im Gesellschaftsrecht	184
bb) Übertragung auf Vereinsrecht.....	186
(1) Keine gesetzlichen Wegzugsbeschränkungen	186
(a) Kein Wegzugsverbot aus § 6 Abs. 3 VRV.....	187
(b) Kein Wegzugsverbot nach § 24 BGB	187
(2) Übertragung der Wertungen des MoMiG auf Vereine	189
(a) Gläubiger-, Minderheiten- und Arbeitnehmerschutz.....	190
(b) Durchsetzung gerichtlicher und behördlicher Akte	191
(c) Faktische Durchführung der Vereinsaufsicht	191
(aa) Registergerichtliche Vereinsaufsicht	191
(bb) Öffentlich-rechtliche Vereinsaufsicht	192
cc) Zwischenergebnis	192
c) Zustimmungserfordernis der Mitgliederversammlung.....	193
3. Ergebnis	195
III. Zusammenfassung	195
Kapitel 4: Grenzüberschreitende Umwandlung	197
Konzeption dieses Kapitels.....	197
§ 7 Europarechtliche Vorgaben.....	199
I. Hereinumwandlung.....	199
1. Niederlassungsfreiheit.....	200
a) Anwendbarkeit der Niederlassungsfreiheit	200
aa) Hereinverschmelzung	200
(1) Rechtsprechung des EuGH (<i>SEVIC Systems</i>).....	200
(2) Meinungsstand in nationaler Rechtsprechung und im Schrifttum.....	201
(3) Stellungnahme.....	203

bb) Hereinspaltung.....	204
(1) Meinungsstand	205
(2) Stellungnahme.....	206
cc) Hereinformwechsel.....	206
(1) Meinungsstand	206
(2) Stellungnahme.....	208
b) Vorgaben der Niederlassungsfreiheit	208
aa) Zulassung der Hereinumwandlung	209
(1) Zulassungspflicht bei Zulassung auf nationaler Ebene.....	209
(a) Ungleichbehandlung als Behinderung der Niederlassungsfreiheit	209
(aa) Ungleichbehandlung als Diskriminierung oder Beschränkung?	210
(bb) „Entsprechende“ Umwandlungsmöglichkeit auf nationaler Ebene.....	211
(cc) Besonderheiten beim rechtsformkongruenten Formwechsel	212
(aaa) Meinungsstand	212
(bbb) Stellungnahme.....	213
(b) Keine Rechtfertigung eines Ausschlusses der Hereinumwandlung	215
(aa) Keine Rechtfertigung bei Gesellschaften.....	215
(bb) Keine Rechtfertigung bei Vereinen.....	217
(2) Zulassungspflicht trotz Nichtzulassung auf nationaler Ebene?	217
(a) Nichtexistenz der Umwandlungsart oder unzulässige Zielrechtsform.....	219
(aa) Hereinverschmelzung.....	219
(bb) Hereinspaltung	221
(cc) Hereinformwechsel	221
(b) Unzulässige Ausgangsrechtsform	223
bb) Vorgaben für die Durchführung der Hereinumwandlung	224
(1) Maßstab des Diskriminierungs- oder Beschränkungsverbots?.....	225
(2) Zulässigkeit einzelner Schutzmaßnahmen	226
(a) Einstimmigkeitserfordernis beim Zielrechtsträger	226

(b) Einhaltung der Gründungsvoraussetzungen beim Zielrechtsträger	227
c) Zusammenfassung	228
2. Allgemeines Freizügigkeitsrecht.....	228
II. Hinausumwandlung	229
1. Niederlassungsfreiheit.....	229
a) Anwendbarkeit der Niederlassungsfreiheit	230
aa) Hinausverschmelzung.....	230
(1) Meinungsstand	230
(2) Stellungnahme	231
bb) Hinausspaltung	232
(1) Meinungsstand	232
(2) Stellungnahme	233
cc) Hinausformwechsel	234
(1) Rechtsprechung des EuGH (<i>Cartesio</i>).....	234
(2) Meinungsstand im Schrifttum	234
(3) Stellungnahme	236
b) Vorgaben der Niederlassungsfreiheit	238
aa) Zulassung der Hinausumwandlung.....	238
(1) Zulassungspflicht bei Zulassung auf nationaler Ebene.....	238
(a) Ungleichbehandlung als Beschränkung der Niederlassungsfreiheit	239
(aa) „Entsprechende“ Umwandlungsmöglichkeit auf nationaler Ebene.....	240
(bb) Besonderheiten beim rechtsformkongruenten Formwechsel	240
(b) Keine Rechtfertigung bei Vereinen	241
(aa) Keine Rechtfertigung eines generellen Ausschlusses	241
(bb) Keine Rechtfertigung im Einzelfall.....	242
(2) Zulassungspflicht trotz Nichtzulassung auf nationaler Ebene.....	244
(a) Nichtexistenz der Umwandlungsart, unzulässige Ausgangsrechtsform	245
(aa) Beschränkung der Niederlassungsfreiheit	245
(bb) Keine Rechtfertigung bei Vereinen.....	246
(aaa) Hinausformwechsel.....	246
(bbb) Hinausverschmelzung	247

(ccc) Hinausspaltung.....	248
(b) Unzulässige Zielrechtsform.....	249
(3) Auswirkung von Zuzugsbeschränkungen auf die Wegzugsfreiheit	249
bb) Vorgaben für die Durchführung der Hinaus- umwandlung	250
(1) Anwendung des Beschränkungsverbots.....	250
(2) Zulässigkeit einzelner Schutzmaßnahmen	251
(a) Meinungsstand zu Einstimmigkeits- erfordernissen	251
(b) Stellungnahme	251
c) Zusammenfassung	252
2. Allgemeines Freizügigkeitsrecht.....	253
III. Auswirkungen auf das Kollisionsrecht der Mitglied- staaten	254
1. Vereinbarkeit der Vereinigungstheorie mit der Niederlassungsfreiheit.....	254
a) Meinungsstand.....	254
b) Stellungnahme	256
2. Marginale Vorgaben für das Anknüpfungsmerkmal	257
IV. Zusammenfassung	258
§ 8 Deutsches Recht	259
I. Hereinumwandlung.....	259
1. Zulassung der Hereinumwandlung	260
a) Kollisionsrecht.....	260
b) Sachrecht	261
aa) Hereinverschmelzung	262
bb) Hereinspaltung.....	262
cc) Hereinformwechsel.....	263
2. Durchführung der Hereinumwandlung	263
a) Kollisionsrecht.....	264
b) Sachrecht	264
aa) Anwendbare Rechtsvorschriften.....	264
(1) Hereinverschmelzung.....	265
(2) Hereinspaltung	266
(3) Hereinformwechsel	266
bb) Zustimmung der Mitgliederversammlung	268
(1) Zustimmungserfordernis	268
(2) Mehrheitserfordernisse.....	268

II. Hinausumwandlung	269
1. Zulassung der Hinausumwandlung	270
a) Kollisionsrecht	270
b) Sachrecht	271
aa) Hinausverschmelzung	272
bb) Hinausspaltung	272
cc) Hinausformwechsel	273
2. Durchführung der Hinausumwandlung	273
a) Kollisionsrecht	273
b) Sachrecht	274
aa) Anwendbare Rechtsvorschriften	274
bb) Zustimmung der Mitgliederversammlung	274
(1) Zustimmungserfordernis	275
(2) Mehrheitserfordernisse	275
III. Zusammenfassung	277
Zusammenfassung und Ergebnisse	279
Ausblick	281
Ausgewählte Rechtsvorschriften	283
Literaturverzeichnis	291
Verzeichnis ausländischer Rechtsquellen	321
Sachverzeichnis	327

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften / der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ADAC	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club
a.E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft / Amtsgericht
AktG	Aktiengesetz
All ER	The All England Law Reports
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung / Anordnung
ArbVG	Arbeitsverfassungsgesetz (Österreich)
Art.	Artikel
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen
BB	Betriebs-Berater
Bearb.	Bearbeiter
Begr.	Begründer
belg	belgisch
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BFH/NV	Sammlung amtlich nicht veröffentlichter Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BR-Drucks.	Bundesratsdrucksache
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
bulg	bulgarisch
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BW	Burgerlijk Wetboek

bzw.	beziehungsweise
CA	Companies Act/Court of Appeal
C.c./CC	Codice civile/Código Civil
CIO	Charitable Incorporated Organisation
C.M.L. Rev.	Common Market Law Review
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DR	Deutsches Recht
DStR	Deutsches Steuerrecht
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
ECFR	European Company and Financial Law Review
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte
eG	eingetragene Genossenschaft
EG	Europäische Gemeinschaft/Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
Einf	Einführung
Einl.	Einleitung
E.L. Rev.	European Law Review
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
ERPL	European Review of Private Law
estn	estnisch
EU	Europäische Union/Vertrag über die Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVVO	Europäische Gerichtsstands- und Vollstreckungsverordnung
EuInsVO	Europäische Insolvenzverordnung
EuR	Europarecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
e.V.	eingetragener Verein
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f., ff.	folgende
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FG	Finanzgericht
finn	finnisch
Fn.	Fußnote
FR	Finanz-Rundschau
FS	Festschrift
GATS	General Agreement on Trade in Services/Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GesRZ	Der Gesellschafter
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung

GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
gr	griechisch
GRC / GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GS	Gedächtnisschrift
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
Hdb.	Handbuch
HGB	Handelsgesetzbuch
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
InsO	Insolvenzordnung
Int. Enc. Comp.L.	International Encyclopedia of Comparative Law
Int. Encyc. of Laws	International Encyclopaedia of Laws
internat.	international
IntGesR	Internationales Gesellschaftsrecht
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	IPR-Gesetz
IPRspr.	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des Internationalen Privatrechts
i.S.d./i.S.v.	im Sinne des / im Sinne von
IStR	Internationales Steuerrecht
ital	italienisch
i.V.m.	in Verbindung mit
J.B.L.	The Journal of Business Law
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KGJ	Jahrbuch für Entscheidungen des Kammergerichts in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in Kosten-, Stempel- und Strafsachen
lett	lettisch
LG	Landgericht
lit	litauisch
lit.	litera
LZ	Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht
m. abl./zust. Anm.	mit ablehnender / zustimmender Anmerkung
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen
n.F.	neue Fassung
NILR	Netherlands International Law Review
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJWE-VHR	NJW-Entscheidungsdienst, Versicherungs- und Haftungsrecht
NJWE-WettbR	NJW-Entscheidungsdienst, Wettbewerbsrecht
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilsachen
No./no.	Number
NordÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland

npoR	Zeitschrift für das Recht der Non Profit Organisationen
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OG	Obergericht
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
OLG	Oberlandesgericht
OLGRspr.	Die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte auf dem Gebiete des Zivilrechts
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen einschließlich der freiwilligen Gerichtsbarkeit
öst	österreichisch
OVG	Oberverwaltungsgericht
P.C.B.	Private Client Business
poln	polnisch
QB	Queen's Bench Division
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rev. crit. d.i.p.	Revue critique de droit international privé
RG	Reichsgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Riv. dir. int. priv. proc.	Rivista di diritto internazionale privato e processuale
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger
R.P.S.	Revue pratique des sociétés
RRa	Reise-Recht aktuell
Rs.	Rechtssache
rum	rumänisch
S.	Seite
s. / ss.	section / sections
SCE	Societas Cooperativa Europaea / Europäische Genossenschaft
schweiz	schweizerisch
SE	Societas Europaea / Europäische Gesellschaft
SEV	Sammlung der Europaratsverträge
S.I.	Statutory Instrument
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz
sog.	so genannt
SpuRt	Zeitschrift für Sport und Recht
SZ	Entscheidungen des Österreichischen Obersten Gerichtshofes in Zivilsachen
TranspR	Transportrecht
Tz.	Textziffer
u.a.	unter anderem / und andere
UmwBerG	Gesetz zur Bereinigung des Umwandlungsrechts
UmwG	Umwandlungsgesetz
Unterabs.	Unterabsatz
UR	Umsatzsteuer-Rundschau

v	vor
Var.	Variante
VereinsG	Vereinsgesetz
VerG	Vereinsgesetz 2002 (Österreich)
VersR	Versicherungsrecht
VfGH	Verfassungsgerichtshof (Österreich)
VfSlg.	Sammlung der Erkenntnisse und wichtigsten Beschlüsse des VfGH
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
vol.	volume
Vorbem.	Vorbemerkung
VRV	Vereinsregisterverordnung
VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
WiRO	Wirtschaft und Recht in Osteuropa
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung
WLR	The Weekly Law Reports
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WuW/E DE-R	Wirtschaft und Wettbewerb, Entscheidungssammlung, Deutschland - Rechtsprechung
z.B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZGB	Zivilgesetzbuch
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Gesellschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZSt	Zeitschrift zum Stiftungswesen
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozess International

Einleitung

In dieser Arbeit sollen vor allem zwei Fragen geklärt werden: Können Vereine ihren Verwaltungssitz innerhalb der EU in einen anderen Mitgliedstaat verlegen, ohne dort neu gegründet werden zu müssen? Und können Vereine innerhalb der EU an grenzüberschreitenden Umwandlungen teilnehmen, also etwa mit Vereinen aus anderen Mitgliedstaaten verschmelzen, ohne dass dabei sämtliche Vermögensgegenstände einzeln übertragen werden müssen? Nach traditioneller Auffassung sind derartige Vorgänge weitgehend ausgeschlossen. Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für zahlreiche andere Mitgliedstaaten der EU.¹ Aufgrund einiger Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Niederlassungsfreiheit könnte diese Rechtslage jedoch mittlerweile überholt sein. In den Entscheidungen *Centros*, *Überseering*, *Inspire Art*, *SEVIC Systems* und *Cartesio* hat der EuGH die Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Sitzverlegung und Umwandlung für Gesellschaften deutlich erweitert.² Mit dieser Arbeit soll untersucht werden, inwieweit diese Entwicklung auch für Vereine zu gelten hat. Dies ist keineswegs selbstverständlich. Denn die Niederlassungsfreiheit gilt nach Art. 54 Abs. 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)³ nur für Gesellschaften, die einen Erwerbszweck verfolgen. Im Unterschied zu Gesellschaften sind Vereine jedoch häufig – wenn überhaupt – nur in geringem Umfang wirtschaftlich tätig.

¹ Siehe für die Verwaltungssitzverlegung von Gesellschaften etwa die Begründung des Vorschlags der Europäischen Kommission für eine Vierzehnte Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verlegung des Sitzes einer Gesellschaft in einen anderen Mitgliedstaat mit Wechsel des für die Gesellschaft maßgebenden Rechts vom 22.4.1997, abgedruckt in: ZIP 1997, 1721 (1721 f.) und für grenzüberschreitende Umwandlungen etwa die Begründung des Vorschlags des Deutschen Rates für Internationales Privatrecht für eine Regelung des Internationalen Gesellschaftsrechts auf europäischer / nationaler Ebene (im Folgenden: Begründung Vorschlag Deutscher Rat für IPR), RIW 2006, Beilage 1, 1 (20 unter 6.a).

² EuGH 9.3.1999 – Rs. C-212/97 (*Centros*), Slg. 1999, I-1459; 5.11.2002 – Rs. C-208/00 (*Überseering*), Slg. 2002, I-9919; 30.9.2003 – Rs. C-167/01 (*Inspire Art*), Slg. 2003, I-10155; 13.12.2005 – Rs. C-411/03 (*SEVIC Systems*), Slg. 2005, I-10805; 16.12.2008 – Rs. C-210/06 (*Cartesio*), Slg. 2008, I-9641.

³ Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, konsolidierte Fassung, ABl. 2010 C 83/47.